

Ein Jahr nach den verheerenden Terroranschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon in New York und Washington präsentiert dieser Band fundierte Beiträge einschlägiger Experten zu den brennenden Fragen des Terrorismus: Welche politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ursachen liegen dem Terrorismus zugrunde? Welche Strukturen weist er auf? Wie reagieren westliche und islamische Staaten auf die Herausforderung? Welche Maßnahmen sind geeignet, dem Terrorismus auf internationalem Parkett zu begegnen? Es ergänzen sich Analysen aus Geschichtswissenschaft, Politischer Wissenschaft, Soziologie, Volkswirtschaft, Ethnologie und Orientalistik. Die internationale Zusammensetzung der Autoren trägt zusätzlich zur Perspektivenvielfalt bei.

Dr. Petra Bendel ist Geschäftsführerin des Zentralinstituts für Regionalforschung an der Universität Erlangen-Nürnberg.

Privatdozent Dr. Mathias Hildebrandt ist Oberassistent am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Erlangen-Nürnberg.

ISBN 3-531-13819-7



9 783531 138190

[www.westdeutscher-verlag.de](http://www.westdeutscher-verlag.de)

**IM SCHATTEN DES TERRORISMUS**

Bendel · Hildebrandt (Hrsg.)



Petra Bendel · Mathias Hildebrandt (Hrsg.)

# IM SCHATTEN DES TERRORISMUS

HINTERGRÜNDE, STRUKTUREN,  
KONSEQUENZEN DES 11. SEPTEMBER 2001

Westdeutscher Verlag

Petra Bendel · Mathias Hildebrandt (Hrsg.)

# Im Schatten des Terrorismus

*Hintergründe, Strukturen,  
Konsequenzen des 11. September 2001*

Westdeutscher Verlag

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme  
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei  
Der Deutschen Bibliothek erhältlich

1. Auflage September 2002

Alle Rechte vorbehalten  
© Westdeutscher Verlag GmbH, Wiesbaden 2002

Der Westdeutsche Verlag ist ein Unternehmen der  
Fachverlagsgruppe BertelsmannSpringer.  
www.westdeutscher-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: Horst Dieter Bürkle, Darmstadt  
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz  
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier  
Printed in Germany

ISBN 3-531-13819-7

## Inhaltsverzeichnis

### I. Einleitender Überblick

*Petra Bendel / Mathias Hildebrandt*

Der 11. September 2001: Hintergründe, Strukturen und Konsequenzen  
in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion ..... 9

### II. Hintergründe

*Şefik Alp Bahadır*

Ökonomische und politische Ursachen des Terrorismus' im Nahen Osten ..... 35

*Thomas Philipp*

Islamische fundamentalistische Bewegungen:  
Zwischen universalem Anspruch und historischer Partikularität ..... 57

*Stefan Rosiny*

Die islamische Welt zwischen Moderne und Fundamentalismus ..... 70

*Peter Rudolf*

Die Außenpolitik der USA gegenüber der islamischen Welt  
im Nahen und Mittleren Osten..... 84

*Wallace B. Katz*

September 11, 2001. The New York and Arab Context ..... 95

### III. Strukturen

*Hartmut Behr*

Neue Organisationsformen des Terrorismus und  
Ordnungstypologien transnationaler Politik ..... 109

*Barry Cooper*

The Spiritual Structure of Contemporary Terrorism..... 131

|   |     |
|---|-----|
| <i>Edda Heiligsetzer</i><br>Extremismus, Terrorismus, ‚Heiliger Krieg‘:<br>Zur Soziologie religiöser Terroristen.....   | 150 |
| <br><b>IV. Konsequenzen</b>   |     |
| <i>Dalal Arsuzi-Elamir</i><br>Reaktionen der nahöstlichen Länder auf den 11. September .....  | 169 |
| <i>Davis B. Bobrow</i><br>America and Terrorism: Interpretation and Response .....  | 185 |
| <i>Michael Stürmer</i><br>Im Zeichen des Ernstfalls: Der Mittlere Osten und die Neuordnung der Welt ...   | 197 |
| <i>Hermann Kreuzmann</i><br>‚Clash of Civilizations‘ – nun doch? .....  | 209 |
| <i>Gert Schmidt</i><br>Der 11. September als Epochenbruch?<br>Ein erster Ansichtsversuch der Welt nach dem kurzen Traum<br>von einer länger währenden ‚Neuen Weltordnung‘ ..... | 220 |
| Herausgeberin, Herausgeber, Autorinnen und Autoren .....  | 232 |

## I. Einleitender Überblick

## IV. Konsequenzen

### Reaktion der nahöstlichen Länder auf den 11. September

*Dalal Arsuzi-Elamir*

#### 1. Einleitung

Nach den Attentaten vom 11. September kam in den nahöstlichen Ländern ein unterschwelliges Gefühl zum Ausdruck: „Was den Menschen da passiert ist, ist sicher traurig, aber irgendwie haben die es doch verdient“ (Ramonet 2001). Die Faszination Bin Ladens geht auf seine Herausforderung der größten Weltmacht Amerikas zurück: „Hat nicht auch Che Guevara überall in der Dritten Welt Millionen Anhänger gefunden, die keine Kommunisten waren?“, fragt Scheich Saud (Rouleau 2001b).<sup>1</sup> Die Antwort von vier jungen, gebildeten und dem islamischen Extremismus fern stehenden Ägyptern auf die Frage des arabischen *al-Dschasira*-TV Reporters nach Osama Bin Laden, die in Osama Bin Laden einen mutigen Kämpfer gegen den übermächtigen Gegner Amerika sehen, spiegelt die vorherrschende antiamerikanische Stimmung wider. „Was in New York geschehen ist, lehnen wir ab. Aber Osama Bin Laden finden wir gut, er wehrt sich gegen die Arroganz der Amerikaner“ (Pott 2001). Ähnliche Gefühle wallen überall in den nahöstlichen Ländern auf. Eine junge Libanesin fragt empört: „Wieso glaubt ihr eigentlich, dass ihr das Recht habt, uns Lehren zu erteilen? Ich habe wirklich an die westlichen Werte geglaubt – aber ihr begeht tagtäglich Verrat an uns, vor allem in Palästina“ (Gresh 2002). Die Masse meint, Amerika sei dafür verantwortlich, dass Israel den Palästinensern nicht das Recht auf einen souveränen Staat auf palästinensischen Boden einräumen will. Für viele liegt das Elend der Araber an der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Vorherrschaft des Westens, die faktisch seit der Landung der französischen Legionen 1798 in Ägypten besteht. Osamas Gesinnungsgenossen sagen: Die Amerikaner wollen die islamische Welt klein halten – durch die Zersplitterung der *umma*, der islamischen Gemeinschaft, in Scheichtümer, Emirate, Ministstaaten und künstliche Nationalstaaten. Sie wollen den Muslimen Befehle geben, während amerikanischer Firmen arabisches Öl fördern und arabisches Geld an westliche Banken fließt. Der Ölreichtum am Golf, so die Gefolgsleute Bin Ladens, gehöre der *umma*, also allen Muslimen und nicht irgendwelchen Scheichs, Königen oder Herrscherfamilien (Pott 2001).<sup>2</sup>

In diesem Beitrag möchte ich auf die Reaktionen zum 11. September in den nahöstlichen Ländern eingehen und herausarbeiten, wie differenziert diese Reaktionen

ausfallen. Dazu müssen zuerst die Hintergründe der amerikanischen Politik behandelt werden.

## 2. Durchdringungspolitik der USA in den Nahen Osten: Hintergründe

In Afghanistan förderte Washington in den 1970er Jahren mit Unterstützung zweier Staaten – Saudi-Arabien und Pakistan – die Aufstellung islamistischer Brigaden, deren Mitglieder in der gesamten arabischen und islamischen Welt rekrutiert wurden. Dabei wurde Afghanistan während der 1980er Jahre zur geografischen Basis für Bin Laden und andere radikal-islamische Gruppen. Für die amerikanischen Verantwortlichen hieß es: Je militanter die *Dschihadisten* sind, desto fanatischer werden sie gegen die Russen kämpfen (Harrison 2001).<sup>3</sup> Saudi-Arabien erreichte es, seine Version des Islam gegen den scheinbar unaufhaltsamen arabisch-säkularischen Nationalismus zu verbreiten. Als Gegenleistung verpflichteten sich die Islamisten, nichts zu unternehmen, was einem Aufstand wie 1979 in Mekka förderlich wäre (Gorce 2001b).<sup>4</sup> Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1989 avancierten die USA zur alleinigen Supermacht und drängten auch die Vereinten Nationen an den Rand des Weltgeschehens. Die USA intervenierten im Nahostkonflikt weiterhin einseitig für die Interessen Israels und zu Lasten der Rechte der Palästinenser. Gegen den Irak hielten sie trotz internationaler Proteste die Embargopolitik durch, die Tausende unschuldige Menschen, vor allem Kinder, das Leben kostete. All dies hat die Öffentlichkeit in den nahöstlichen Ländern verbittert (Clemons 2001). Die Präsenz von fast 6.000 amerikanischen Soldaten auf saudischem Boden seit 1991 entweihe die „heilige islamische Erde“, predigt Bin Laden und spricht das aus, was viele Saudis denken. Dabei prangert er die „gottlose“ Politik von König Fahd an und bestreitet die Legitimität seiner Herrschaft (Pott 2001). Bin Ladens Worte ähneln denen führender Politiker der nahöstlichen Länder über das wirtschaftspolitische und militärische Auftreten der USA: „Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat die USA hochmütiger gemacht; sie beginnen, sich selbst als Herrscher über diese Welt zu sehen, und haben eine neue Weltordnung etabliert, die sie auch selber so nennen. (...) Die USA messen mit zweierlei Maßstab, indem sie jeden zum Terroristen stempeln, der gegen ihre Ungerechtigkeit auftritt. Sie wollen unsere Länder besetzen, uns unserer natürlichen Ressourcen berauben, uns ihre Agenten als Herrscher aufzwingen (...) und sie wollen, dass wir alldem auch noch zustimmen“ (Clemons 2001).

Diese doppelten Maßstäbe des Westens und der USA zeigten sich am Deutlichsten auf der Anti-Rassismus-Konferenz in Durban. In der Abschlusserklärung wurden Sklaverei und Sklavenhandel als „Verbrechen gegen die Menschheit“ erklärt, aber die ehemaligen Kolonialmächte verweigerten sich jeder Art von Wiedergutmachungs-

ansprüchen. Auch die Palästinenser scheiterten mit ihrer Forderung, die israelische Politik als rassistisch zu verurteilen.<sup>5</sup>

## 3. Reaktion der nahöstlichen politischen Eliten

Die arabischen Regierungen haben die Anschläge vom 11. September verurteilt, aber die Eskalation der israelischen Repressionsmaßnahmen im Westjordanland und im Gazastreifen und die Weigerung der israelischen Regierung, die 1967 besetzten arabischen Gebiete zurückzugeben, erschweren ihre Zusammenarbeit mit den USA und ihre bislang geübte Politik der Zurückhaltung gegenüber der israelischen Politik. Hinzu kommt, dass sie den Vorwurf nicht riskieren können, sie ließen sich für die Zwecke der Amerikaner einspannen (Gorce 2001a). Sowohl für panarabische als auch für panislamische Regierungen ist das Schicksal Jerusalems eine zentrale Frage. Die Angst vor den Bedrohungen der USA und ihr Zweifel an einer Lösung mit Israel lässt sie zusammenkommen. Damaskus versucht gute persönliche Beziehungen zu Palästinenserpräsident Jassir Arafat zu knüpfen und den Handel mit dem Irak auszubauen. Den EU-Emissären gab der syrische Präsident Bashar al-Assad zu bedenken: „Wenn es jetzt 10.000 Terroristen gibt, so wird es nach einem erfolgreichen Schlag 100.000 und nach einem misslungenen Schlag eine Million Terroristen geben.“ Damit meint er die amerikanischen Angriffe auf andere Länder. Syrien verdammt die Anschläge gegen Amerika, unterscheidet aber zwischen solchen Terrorakten, die Unschuldige treffen, und dem Widerstandskampf gegen fremde Besatzungen (Nass 2001a).

Der ägyptische Präsident, dessen Macht sich auf das Militär und den Geheimdienst stützt, gilt als verlässlicher Kämpfer gegen militante Islamisten. Er neutralisierte in den vergangenen Jahren die Islamisten und schloss sich der Allianz gegen den Terrorismus an. Für diese prowestliche Außenpolitik genießt er den politischen Schutz der USA und der EU und erhält dazu US-\$ 2 Mrd., die Amerika jährlich in den ägyptischen Staatshaushalt pumpt. Sein Dilemma ist dies: Weil der Islam Staatsreligion ist, muss der Präsident eine islamische Politik verfolgen oder wenigstens nach außen hin so tun, wodurch die muslimischen Rechtsgelehrten großen Einfluss gewinnen (Pott 2001).<sup>6</sup> Zu ihrem Erfolg trug auch das Scheitern der Bemühungen Mubaraks im arabisch-israelischen Konflikt bei.

Die Lage in Saudi-Arabien ist nach dem 11. September noch komplizierter als in anderen Teilen der islamischen Welt. Talal Ben Faisal sagt: „Der 11. September war ein Schock. Zunächst gab es eine Phase, in der wir alles leugneten: Es konnte einfach nicht sein, dass Saudis an Taten beteiligt waren, die unseren Grundüberzeugungen widersprechen“ (Gresh 2002).<sup>7</sup> Zur Zeit des Kampfes gegen den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan habe man im Bündnis mit den *Mudschaheddin* Solidarität unter Muslimen demonstrieren wollen – und zwar mit dem Segen der USA. Doch

diese Politik habe auch unerwünschte Folgen gezeitigt: In Afghanistan sammelten sich extremistische Organisationen, manche der Freiwilligen schlossen sich Bin Laden an. Darunter hatte auch Saudi-Arabien zu leiden. Auf das Konto dieser Gruppierungen geht der Anschlag von 1995 in Riad. Der Afghanistankrieg und der Golfkrieg von 1990/91 hätten den extremistischen Glaubensrichtungen innerhalb des Islam Auftrieb gegeben, erklärte er weiter.<sup>8</sup> Die Anwesenheit amerikanischer Truppen auf saudischem Boden wird von einer großen Mehrheit der Saudis, aber auch weit darüber hinaus, als eine tiefe Verletzung religiöser und nationaler Gefühle verstanden werden. Ein besonderes Problem stellt die Form des Alltagslebens in Saudi-Arabien dar. Einerseits wird von der Regierung und den mit ihr kooperierenden Rechtsgelehrten ein strenger Islam propagiert, in dem von der Gleichheit aller Muslime die Rede ist. Andererseits ist das Land eine ausgeprägte Klassengesellschaft (Heine 2001: 149). Die Doppelstrategie der saudischen Herrscher, sich durch Wohlverhalten des amerikanischen Schutzes zu vergewissern und gleichzeitig islamistische Gruppen weltweit finanziell zu fördern, soll nach dem 11. September in Kampf gegen den Terrorismus umgestellt werden. Die saudische Herrscherfamilie weigert sich jedoch offen, einer militärischen Allianz gegen ein anderes arabisches oder islamisches Land beizutreten, damit die Massen nicht gegen sie aufgebracht werden. Außerdem sieht sie, wie Washington sich auf die Seite Israels geschlagen hat, so dass die Außenminister des Golfkooperationsrates am 23. September die Völkergemeinschaft aufforderten, auch die „staatsterroristischen Aktionen“ der israelischen Regierung nicht zu übersehen und diesen entgegenzuwirken (Pott 2001). Trotzdem ist die auf gemeinsamen Interessen beruhende strategische Allianz zwischen den USA und Saudi-Arabien stabil: Für den herrschenden Clan der al-Saud ist der US-militärische Schutzschild unverzichtbar, und die USA brauchen die saudischen Ölquellen. Präsident Bush distanzierte sich von der Verteufelung Saudi-Arabiens in den US-Medien. Die saudische Herrscherfamilie erhöhte nach dem 11. September die Förderquote, um eine drohende Ölkrise zu verhindern. Im April 2002 stellte sie sich gegen die Initiative des Irak, das Erdöl als ‚politische Waffe‘ einzusetzen. Außerdem zeigte sich Saudi-Arabien bereit zur Zusammenarbeit mit den USA bei den Nachforschungen über das *Al-Qa'ida*-Netzwerk – vor allem über dessen Finanzierung. Islamische Wohlfahrtsstiftungen in Saudi-Arabien müssen jede geplante Aktivität im Ausland beim Außenministerium anmelden. Jedoch die Stationierung der US-Soldaten auf saudischem Boden sorgt für Spannungen. Es spricht einiges für den Abzug der Truppen, allerdings erst nach einer Friedensregelung in der Region. In diesem Zusammenhang muss man die Friedensinitiative des saudischen Kronprinzen sehen, deren Grundidee folgende ist: die Normalisierung aller Beziehungen zwischen Israel und den arabischen Nachbarstaaten im Austausch gegen den vollständigen Rückzug Israels aus den seit Juni 1967 besetzten arabischen Gebieten. „Für uns ist es keine Kleinigkeit, Israel anzuerkennen“, erklärt ein Berater des Kronprinzen im privaten Gespräch. „In

unserem Land hat der Prophet Mohammed den Koran gepredigt, hier liegen Mekka und Medina, heilige Stätten des Islam. Können Sie sich vorstellen, was es bedeuten würde, in diesem Land eine israelische Botschaft zu eröffnen?“ (Gresh 2002). Beim arabischen Gipfel am 27. und 28. März in Beirut fand der saudische Vorschlag Unterstützung. In einer Rede appellierte Prinz Abdallah an das israelische Volk, in Frieden mit seinen Nachbarn zu leben. Der israelische Ministerpräsident Sharon reagierte: mit Krieg (A. G. 2002). Darauf reagierte die Öffentlichkeit überall in Saudi-Arabien, Kairo, Damaskus, Amman und Beirut etc. mit großen Demonstrationen. Die ganze Region habe sich in eine „Logik des Krieges“ verbannt, kommentierte UNO-Generalsekretär Kofi Annan (Bednarz 2002). Im Hinblick auf die Lage in Palästina und einen möglichen Angriff der USA auf den Irak erklärten die sechs Mitgliederstaaten des Golf-Kooperationsrates bei ihrem Treffen Ende Mai im saudischen Dschidda ihre Besorgnis (Kristiansen 2002). Amr Mussa, Generalsekretär der Arabischen Liga, erläuterte: „Alle arabischen Staaten, auch Kuwait, das mit Bagdad noch Differenzen hat, lehnen einen amerikanischen Angriff auf den Irak ab“ (Mussa 2002).

Wie die meisten nahöstlichen Staaten sind Bahrain, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate treue Bündnispartner Washingtons. Sie schlossen sich nach dem 11. September der Antiterrorcoalition an. Sie befolgen die Anweisungen aus Washington für den Kampf gegen den Terrorismus. In den Vereinigten Emiraten wurden die diplomatischen Beziehungen zum *Taliban*-Regime abgebrochen und Hunderte Personen verhaftet, unter ihnen etwa hundert Angehörige des Militärs. Man führte gemeinsam mit US-Geheimdienstlern scharfe Verhöre durch; afghanische und pakistanische Staatsbürger, die in Verdacht standen, mit Bin Laden zu sympathisieren, mussten das Land verlassen, und Imame, die sich einer Zensur ihrer Freitagspredigt verweigerten, erhielten Hausarrest. Der bekannte Islamist Hassan Alkim, persönlicher Berater des Erbprinzen von Ras al-Chaima, verlor seine Universitätsprofessur für Internationale Beziehungen. Da aber Dutzende von ausländischen Banken nicht der staatlichen Aufsicht unterliegen, sind zweifelhafte Konten schwierig einzufrieren. In den Vereinigten Arabischen Emiraten wurden die Konten von 149 Banken ‚unter Aufsicht gestellt‘, mit der Drohung, sie einzufrieren, sollten sich verdächtige Geldbewegungen zeigen. Aus US-amerikanischer Sicht stehen auch die äußerst vermögenden islamischen Wohlfahrtseinrichtungen im Verdacht. Zum einen helfen sie den Armen in der muslimischen Welt, vornehmlich durch die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, aber auch durch direkte Zuwendungen an Familien in Not. Zum anderen unterstützen sie auf unterschiedliche Weise die Islamisten.

Trotz dieser treuen Haltung der Golfherrscher begannen Spannungen in den Beziehungen zu den USA aufzutreten. Scheich Hamad bin Chalifa, der Prinz von Katar, empfand seine Behandlung durch die USA als erniedrigend: „Mein Land ist nicht die Zapfsäule Amerikas.“ Seine amerikanischen Gesprächspartner verlangten von ihm die

Gleichschaltung des Fernsehsenders *al-Dschasira*. Die Absicht der USA, den Krieg gegen den Terrorismus auszubreiten, lehnt der Chefdiplomat Katars ab. Er habe zwar „Verständnis dafür, dass die Amerikaner ihre Toten rächen“, aber er fürchte die „katastrophalen“ Folgen eines lang andauernden Krieges, vor allem Staatskrisen in Pakistan und Saudi-Arabien. In Abu Dhabi erklärt Scheich Hamdan Bin Sayed, Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten der Emirate: „Für uns ist das eine Frage des Prinzips. Dass sich eine Macht, gleich welche, anmaßt, ein Regime in einem anderen Land zu stürzen, und sei es noch so verabscheuungswürdig, schafft einen gefährlichen Präzedenzfall in den internationalen Beziehungen. Das erscheint uns unannehmbar.“ In Manama weiß sich der Chefdiplomat Bahraïns, Scheich Mohammed Bin Mubarak, mit allen seinen Amtskollegen in der arabischen Welt einig: Die USA wären besser beraten gewesen, sich zunächst mit den politischen Ursachen des Terrorismus zu befassen. Dabei spielten die Enttäuschungen, die der endlose Nahostkonflikt verursacht, eine entscheidende Rolle. So spricht man einstimmig von einem Konsens: Die USA sollten unbedingt, in enger Abstimmung mit Europa und den Vereinten Nationen, eine Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt finden und verhindern, dass der Aufstand der Palästinenser weiterhin blutig niedergeschlagen werde. Die Demagogie des *Al-Qa'ida*-Führers Bin Laden, der das parteiische Verhalten der USA zur Rechtfertigung seiner Verbrechen heranziehe, dürfe nicht von der wachsenden Empörung in der arabischen Bevölkerung ablenken, die einen Nährboden für alle Formen von Extremismus bilde. Eine Regelung des Palästinakonflikts werde dagegen die Chance einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und den Staaten des Nahen und Mittleren Ostens eröffnen. So gehört der Frieden mit Israel zu den strategischen Zielen der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga (Rouleau 2001b).

Der Graben zwischen dem Westen und der arabischen Welt könnte sich noch vertiefen, wenn die USA gegen *Hisbollah*<sup>9</sup>, *Hamas*, den Islamischen *Dschihad* und die Volksfront für die Befreiung Palästinas, die in der arabischen Welt als Widerstandsbewegungen angesehen werden, vorgehen würden (Rouleau 2001b). Der libanesische Präsident Emile Lahoud bekräftigte, dass die ganze Bevölkerung hinter *Hisbollah* stehe und dass Widerstand ein nationales Recht sei, „Ja, die Pflicht jedes Bürger“. Die Außenpolitik der USA sei einseitig zugunsten Israels. Sie berücksichtige weder die Interessen der Palästinenser noch die der arabischen Staaten (Lahoud 2002). Ähnliche Sorgen äußerte auch der libanesische Premierminister Rafik al-Hariri. Er erklärte, wie Osama Bin Laden die gesamtpolitische Lage ausnutze, aus der sich diese Männer rekrutieren lassen. Sie würden sich in einem Zustand der Erniedrigung, der Verfolgung und der täglichen blutigen Auseinandersetzungen mit dem Feind, den Israelis (z.B.), sehen. Dann seien diese Männer zu jeglichen Gewaltakten fähig. „(D)ie fünf Kriege in gut 50 Jahren zwischen Israelis und Arabern haben etliche Generationen schwer frustriert. Diese Zeit der Demütigung hat insgesamt eine

Atmosphäre geschaffen, in der es für Bin Laden ein Kinderspiel ist, Aktivisten zu rekrutieren. Deshalb bestehen wir darauf, so schnell wie möglich, die Palästinensische Frage gerecht zu lösen.“ Es gäbe kein Problem zwischen den Arabern und den Muslimen einerseits und dem amerikanischen Volk andererseits. „Dennoch ist jedem Araber, ob Muslim oder Christ, die einseitige und voreingenommene Unterstützung Washingtons für Israel ein Dorn im Auge“ (Hariri 2001).

In Teheran erhoben sich drei Tage nach den Anschlägen vom 11. September 50.000 Zuschauer in der Fußballarena von ihren Plätzen, um schweigend der Opfer zu gedenken. Zum ersten Mal seit 1979 ertönt beim Freitaggebet nicht mehr der Ruf ‚Tod Amerika‘. Europäische Besucher, Londons Außenminister Straw und die EU-Troika waren in Teheran, um für Unterstützung der Allianz gegen den Terror zu werben. Es liegt im politischen und wirtschaftlichen Interesse des Iran, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu verbessern. Aber nach der Abreise der europäischen Emissäre attackierte der Konservative Khamenei vor Kriegsveteranen die Amerikaner im vertrauten schrillen Ton: „Ihr habt den Interessen des Iran immer neue Schläge versetzt. Wie könnt ihr es wagen, uns um Hilfe zu bitten beim Angriff auf die unschuldige muslimische Nation Afghanistan, die schon so gelitten hat!“ Und aus dem Publikum brüllte es zurück: „Tod Amerika!“ Ein anderer, namens Mohsen Rezaei, sandte eine Botschaft an die Adresse Amerikas. Er bot den Vereinigten Staaten Zusammenarbeit beim Kampf gegen den Terror an, allerdings unter der Voraussetzung, dass die Allianz von den Vereinten Nationen geführt wird, nicht von den USA.<sup>10</sup> Mohadscheranis<sup>11</sup> Äußerungen, ein ehemaliger iranischer Kultusminister, betonten das Recht der USA und ihrer Verbündeten, gegen die *Taliban* und gegen *Al-Qa'ida* vorzugehen, aber solange die Antiterrorallianz den Tod Unbeteiligter in Kauf nehme, könne Iran nicht Mitglied dieser Koalition werden.<sup>12</sup> Auch der iranische Außenminister Kamal Charrasi ist gegen eine militärische Koalition und stellt sich eine Initiative unter Führung der Vereinten Nationen vor. „Die UNO ist die richtige Organisation, um dieses Problem in Angriff zu nehmen, ohne dass dabei mit verschiedenen Maßstäben gemessen würde“ (Charrasi 2001). In Teheran verbreitet sich die Meinung, dass am meisten Israel von den Umständen nach dem 11. September profitiert habe: Für Mohadscherani ist der „israelische Staat ein terroristischer Staat! (...) Was ist denn der Unterschied zwischen Scharon und Bin Laden? Das sind doch zwei Seiten einer Medaille. Wenn Bin Laden Staatschef wäre, würde er dasselbe machen wie Scharon. Wir können nicht applaudieren, wenn Scharon etwas macht, wofür Bin Laden verurteilt wird.“ Außerdem gäbe es beim Terrorismus „Definitionsunterschiede“ zu den USA. „Wenn Israel den Südlibanon okkupiert, dann ist das eine terroristische Aktion. Wenn die libanesische Bevölkerung Israel bekämpft, um ihr Land freizubekommen, nenne ich dies einen Freiheitskampf. (...) Ein fünf, sechs Jahre alter Junge wird in den Armen seines Vaters von israelischen Soldaten gezielt getötet. Ist das ein terroristischer Akt oder nicht“ (Nass 2001b)? Der iranische

Außenminister Kamal Charrasi bezeichnet die „*Taliban* (als) rückwärts gewandte Extremisten mit einem falschen Verständnis vom Islam“, aber auch für ihn seien Widerstand und Extremismus zwei verschiedene Sachen. Der berechtigte Freiheitskampf der Palästinenser habe nichts mit der Attacke auf Amerika zu tun. „Wir versuchen zu verstehen, was diese Menschen zu ihren Taten treibt. Und ich will es Ihnen sagen: die schiere Verzweiflung“ (Charrasi 2001).

Einige Nahostländer profitierten vom 11. September, wie z.B. Marokko. Die marokkanischen Staatsschefs nutzen die aktuellen Ereignisse zur nachträglichen Rechtfertigung ihrer über viele Jahre praktizierten Härte gegenüber den eigenen Islamisten. Sie lehnen aber streng Vergeltungsschläge gegen arabische oder muslimische Länder ab, weil sie den Volkszorn fürchten (Leymari 2001).

#### 4. Reaktion der öffentlichen Meinung und der Intellektuellen

Im Namen von 1,3 Mrd. Muslimen behauptete Osama Bin Laden seinen Kampf gegen die USA zu führen. Viele Menschen teilen seinen Hass auf Amerika, aber mit anderen Hintergründen. Für einen 23-jährigen Palästinenser sei Osama Bin Laden ein „wahrer Muslim“. Er sei reich, doch lebe er nicht in Saus und Braus. Er sei nach Afghanistan gegangen, um den Muslimen dort zu helfen, damit sie weltweit mehr Einfluss gewinnen könnten. Der amerikanische Krieg in Afghanistan sei gegen die Muslime und gegen die Araber gerichtet. Amerika habe selbst mit seiner Jagd Bin Laden groß gemacht. Dann zeigte er seine Enttäuschung über den amerikanischen Präsidenten: „Zuerst freuten wir uns, als er gewann. (...) Doch jetzt sieht man, dass Bush ein Lügner ist. Er hilft auch nur den Israelis“ (Smoltczyk 2001).<sup>13</sup>

Die meisten Menschen vertreten diese Meinung und betrachten die militärischen Operationen gegen Afghanistan als ungerechten Krieg, der nur der Durchsetzung einer neuen Weltordnung diene. Das nächste Ziel stehe schon fest: Irak und alle, die sich nicht freiwillig unterwerfen. Im Libanon hat die neue politische Weltlage nach dem 11. September die wirtschaftliche Misere des Landes verschärft und die Hoffnungen in der befreiten Südregion gedämpft. In Raschidieh bei Tyrus, einem besonders armen und isolierten Lager im Libanon, meint Adel, ein junger Anhänger der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), dass der 11. September vor allem den Palästinensern geschadet habe. „Jetzt wird nicht mehr genau unterschieden zwischen dem Terrorismus und dem legitimen Kampf gegen die Besatzung. Für uns ist der Kampf gegen die Besatzung nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht.“<sup>14</sup> Leila Chalid, eine Anhängerin der PFLP, betrachtet die Anschläge vom 11. September als „entsetzliches Verbrechen“. Sie erklärt, dass die PFLP derartige Aktionen aufs Schärfste verurteile. Aber für sie gilt auch, dass der „Terrorismus“ auf einer internationalen Konferenz definiert werden müsse. Die Ursachen seien unterschiedlich: „Für uns ist

die israelische Besatzung Terrorismus, für andere Völker ist es die wirtschaftliche Ausbeutung. Die Luftangriffe auf den Irak und die Sanktionen, die dort die Zivilbevölkerung treffen, Israels Vorgehen gegen die Palästinenser – sind das nicht auch Form von Terrorismus? (...) Wir begrüßen jedoch nur eine ehrliche Kampfansage an alle Erscheinungsformen des Terrorismus – ich betone alle. (...) Es geht bei den Amerikanern um Erdöl in jenem Teil der Welt. Für all das muss Bin Laden herhalten“ (Chalid 2001).<sup>15</sup> Diese Haltung ist in allen arabischen Ländern sowohl bei den politischen Eliten als auch bei der Masse zu hören.

Der 11. September hat nun alte Befürchtungen wieder geweckt. An den Universitäten wächst der Unmut gegen die israelische Siedlungs- und Besatzungspolitik und das Verhalten der US-Regierung. In den Debatten geht es darum, welchen der Verbündeten man die Drecksarbeit machen lassen soll. Ägypten wird am häufigsten genannt, gefolgt von der Türkei, den Philippinen und Jordanien (Böhm 2002). Die Äußerungen des Soziologen Ahmad Beydoun lauten: „Natürlich sind die Gefahren in der Region nicht gebannt, vor allem nach dem 11. September. (...) Die USA können jederzeit unter irgendeinem Vorwand Druck auf den Libanon ausüben, und das würde die ohnehin ausgeprägten anti-amerikanischen Haltungen verstärken. Die Menschen machen sich große Sorgen. Die neuerliche anti-arabische Stimmung in den USA wird weitreichende Folgen haben. Viele Studenten aus den Golfstaaten, die in den USA waren, haben sich bereits an der amerikanischen Universität in Beirut eingeschrieben, weil sie in Amerika nicht mehr leben können oder wollen“ (Silva 2002).

Die Empörung über das proisraelische Engagement der USA bei den Massen hält an: Eine Umfrage der Tageszeitung *al-Watan* ergab, dass 60% der Befragten die USA verabscheuen; drei Viertel nannten als Grund die Haltung der US-Regierung im Palästinakonflikt. Im April 2002 kam es sogar in Saudi-Arabien zu propalästinensischen Demonstrationen, die jedoch sofort verboten wurden. Neuerdings gibt es auch saudische Geschäftsleute, die zum Dollarboykott aufrufen (Gresh 2002).

Wie die Masse, bezeichnen auch die Intellektuellen die Anschläge als Folge des Zorns derjenigen in den arabischen und islamischen Ländern, die sich von der herrschenden Weltordnung an den Rand gedrängt und gedomütigt fühlen. Dabei spielt der Umgang der USA mit der Palästina-Frage eine große Rolle. Für Hisham Ben Abdallah al-Alaoui ist das Netz der Attentäter nicht groß, aber seine Mitglieder bewegen sich in einem Meer von Menschen, die ihre Frustrationen teilen. Er sieht auch in der Lösung des Palästina-Problems eine Vorbedingung für jeden Sieg über den Terrorismus. Armut, Ungleichheit, Unterdrückung und Machtarroganz müssen überall überwunden werden. „Konflikte und Ungerechtigkeiten spielen sich nicht mehr irgendwo da hinten ab, und ihre Opfer klopfen an unsere Tür“ (Alaoui 2001).

Tariq Ali kritisiert Samuel Huntingtons These *The Clash of Civilizations*, die eine entscheidende Kluft der Kulturen zwischen dem Westen und dem Rest der Welt

behauptet (vgl. Kreuzmann in diesem Band). Für Huntington ist die Welt „nicht geeint. Kulturen haben die Menschen geeint und gespalten. (...) Es sind Rasse und Glaube, womit sich Menschen identifizieren, wofür sie zu kämpfen und zu sterben bereit sind.“ Nach Tariq Ali würde Osama Bin Laden sich dieser Sicht der Dinge problemlos anschließen. Weil ein Großteil des weltweit verbrauchten Öls aus dem Iran, dem Irak und aus Saudi-Arabien stammt, galt der Islam als größte Bedrohung. Seine Einwände gegen Huntingtons These heißen: die islamischen und kulturellen Unterschiede zwischen Muslimen im Senegal, China und Indonesien, im arabischen Raum und in Südasien seien viel größer als die zwischen diesen Muslimen und ihren andersgläubigen Landsleuten. Der über fünfzig Jahre währende Kalte Krieg zwischen den imperialistischen USA und der Sowjetunion ließe keine ‚Kultur‘ dieser Welt unberührt. Den heutigen Fundamentalismus könne man durchaus als muslimisches Pendant zum *Front National* in Frankreich oder zu Neofaschisten in der italienischen Regierung sehen. Nicht zufällig würde Alexis Carrel, ein Propagandist Petains, von radikalen islamischen Vordenkern ebenso eifrig studiert wie im politischen Lager Le Pens. Tariq Ali sieht in der Politik des Westens und den doppelten Maßstäben, die ihr zugrunde liegen, eine der Wurzeln der gegenwärtigen Krise: Die USA unterstützte seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs religiöse Fundamentalisten gegen den Kommunismus und gegen jeden fortschrittlichen Nationalismus. Sie unterstützten die Muslimbruderschaft gegen Nasser, die Organisation *Sarekat Islam* gegen Sukarno in Indonesien, den *Dschamaat-i-Islami* (islamische Liga) gegen Bhutto in Pakistan, einen despotischen Schah im Iran und am Ende Osama Bin Laden gegen den säkular-kommunistischen Nadschibullah. Letzterer wurde von den *Taliban* aus seinem Versteck gezerrt und getötet. Kein westliches Staatsoberhaupt habe dazu ein kritisches Wort geäußert. Der Westen tue nichts, um einen lebensfähigen und unabhängigen palästinensischen Staat zu garantieren. Das sei der Grund für die Unzufriedenheit vieler Menschen in Ägypten und Saudi-Arabien etc. (Ali 2001).<sup>16</sup>

Abbas Beydoun befürchtet, dass der heutige Konflikt einen rassistischen, ideologischen und kulturellen Charakter annehmen würde, da die Täter Araber sind. Schon spricht man über die arabische Bereitschaft zu solchem Terror, die ihre Grundlage in der Religion, in der Erziehung und im arabischen Denken finde. „Die Terroristen warfen alle Amerikaner in einen Topf und sahen sie als Feinde. Dasselbe tun diejenigen, die alle Araber in einen Topf werfen und zu Feinden erklären.“ Für Abbas Beydoun ist der 11. September ein „Bandenterror gegen das eigene Volk und die Anderen. Es sind gewalttätige, feindselige, zahlenmäßig begrenzte und marginalisierte Banden, die ihre Anschläge nicht hätten verüben können, wenn nicht die Gewalt und die Lücken im Sicherheits- und Gesellschaftssystem so groß wären“ (Beydoun 2001).

In den zahlreichen Artikeln der arabischen Tageszeitung *al-Hayyat* sind die Meinungen zum Umgang der USA mit den nahöstlichen Staaten gleich: „einseitig arrogant und aggressiv“. Das Resultat sei für Munir Shafiq ein Zweifel vieler Men-

schen an der westlichen Demokratie. Er bezeichnet die neuen Gesetze in den USA zur Bekämpfung des Terrorismus als „rassistisch“ und kritisiert, wie die USA die neue internationale Lage nach dem 11. September ausnutzten, um „untreue“ Staaten mit dem Argument auszuschalten, sie seien auf der Seite der Terroristen. Er befürchtet, dass für eine unbefristete Zeit die internationale Weltordnung in einem Militarisierungs-, und Kriegszustand bleiben werde und dass die internationalen Beziehungen von der amerikanischen Machtpolitik beherrscht würden (Shafiq 2002). Ähnlich schreibt Ghasan Sharbil, der die Befürchtung äußert, dass der Krieg keine geographischen Grenzen haben werde (Shrabil 2002). Überhaupt findet eine junge Marokkanerin die Frage nach dem 11. September als Beleidigung. „Sie fragen mich das nicht als Mensch, sondern weil ich islamischen Glaubens bin. Aber wie könnte meine Antwort anders sein als Ihre?“ (Smolczyk 2001).

### 5. Reaktion der Rechtsgelehrten

Die höchsten geistlichen Autoritäten des Islam, der Sunniten wie der Schiiten, haben Bin Laden abgelehnt, zumindest implizit und als Ketzer betrachtet. Sie verurteilten die Selbstmordattentate vom 11. September – was von den westlichen Medien weitgehend ignoriert wurde. In feierlichen Erklärungen oder beim Freitagsgebet in den Moscheen erklärten sie das Massaker an Unschuldigen für unvereinbar mit Geist und Buchstaben der heiligen Schriften des Islam wie den Selbstmord der Attentäter, den jede der drei großen monotheistischen Religionen verbietet. Bin Ladens religiöse Autorität halten die Religionsgelehrte für äußerst zweifelhaft. Ähnliches gilt für das wenig sittenstrenge Verhalten der Luftpiraten. Zwei von ihnen sollen vor ihrer Schreckenstat in Florida in Bars gesessen und Alkohol getrunken haben. Auch die islamischen Bewegungen der nahöstlichen Länder haben sich, bis auf wenige Ausnahmen, zu den Ereignissen geäußert. So hat *al-Nahda*, die tunesische fundamentalistische Untergrundorganisation von Rached Ghannouchi, in einem Kommuniqué die Terroraktionen „rückhaltlos verurteilt“, und zwar als „barbarische Handlungen, die durch nichts zu rechtfertigen sind“ und die „nicht den Muslimen zugeschrieben werden dürfen.“ Andere islamische Organisationen zogen es vor, sich weniger deutlich, aber ebenso ablehnend gegen „alle Gewalttaten, von wem sie auch ausgehen“, zu äußern (Rouleau 2001).

Für Mohammed Sajjid Tantawi, Großscheich der Azhar-Universität in Kairo, verträgt sich der heraufbeschworene Religionskonflikt nicht mit der islamischen Glaubenslehre: „Fanatiker bringen die Religion ins Spiel und missbrauchen damit den Islam.“ Dabei stehe im Koran, dass die Menschen friedlich miteinander umgehen sollten. „Wir Muslime sind sogar ausdrücklich gehalten, Andersgläubige zu respektieren und wie unseresgleichen zu behandeln.“ Dass in Pakistan islamische Würdenträ-

ger die Gläubigen zum „Heiligen Krieg“ gegen die christlichen Amerikaner aufrufen, kann Tantawi nicht billigen. Der Islam habe mit diesen schrecklichen Anschlägen nicht das Geringste zu tun. Religiöse Extremisten sollten niemals an die Macht kommen, weil die Religion dadurch Schaden nehme. Religiöser Extremismus sei kein Phänomen, das auf den Islam allein beschränkt sei: „Alle Kriege sind Nährboden für Extremismus. Das gilt für den palästinensisch-israelischen Konflikt. Wenn aber Washington die Israelis und Palästinenser nicht länger mit zweierlei Maß messen würde, hätten die religiösen Hitzköpfe auch keinen so großen Zulauf mehr“ (Tantawi 2001).

Allgemein stehen die Rechtsgelehrten gegen die Beteiligung ihres Landes an einem Krieg gegen andere Länder. In Teheran qualifizierten Islamagelehrte in einer *fatwa* (religiöses Gutachten) die Teilnahme an der von den USA geführten Allianz gegen den Terrorismus als „Apostasie“ (Leymari 2001).

## 6. Zusammenfassende Beobachtungen

Trotz der differenzierten Reaktionen der nahöstlichen Länder auf den 11. September wurden die Attentate von allen Seiten aufs schärfste verurteilt.

Den politischen Eliten, die sich vor der frustrierten Masse fürchteten, wurde eine Zusammenarbeit mit den USA und ihre bislang geübte Politik der Zurückhaltung gegenüber der israelischen Politik durch die Eskalation des arabisch-israelischen Konflikts erschwert. Die Angst vor den Bedrohungen der USA und vor der zunehmenden Macht der religiösen Gruppen im eigenen Land, ihr Zweifel an einer Lösung mit Israel und Washingtons rückhaltslose Unterstützung Israels lässt sie zusammenkommen und jede militärische Allianz gegen ein anderes arabisches oder islamisches Land ablehnen. Sie tendieren zur Einschränkung der amerikanischen Macht durch die Teilnahme Europas und der Vereinten Nationen an einer Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt. Ihre Lage würde noch komplizierter, wenn die USA gegen *Hisbollah*, *Hamas*, den *Islamischen Dschihad* und die Volksfront für die Befreiung Palästinas, die in der arabischen Welt als Widerstandsbewegungen gesehen werden, vorgehen würden.

Die Reaktion der Masse, die mit dem islamischen Extremismus nichts zu tun hat aber unter den Folgen der aggressiven amerikanischen Durchdringungspolitik leidet, spiegelt die vorherrschende antiamerikanische Stimmung wider. Sie war fasziniert von Bin Ladens „mutiger Herausforderung“ der USA. Ihr Elend hängt mit der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Vorherrschaft des Westens und der USA zusammen. Die US-militärischen Operationen betrachtet sie als Mittel zur Beseitigung von jedem, der sich den USA nicht unterwirft.

Die Intellektuellen betrachten sich in jeder Hinsicht als Vertreter der Masse. Sie halten die Anschläge für eine Folge des Zorns derjenigen im Nahen Osten, der sich von der herrschenden Weltordnung an den Rand gedrängt und gedemütigt fühlt. Sie sehen, dass der Umgang der USA mit der Palästina-Frage zur Unzufriedenheit vieler Menschen im Nahen Osten führt. Außerdem befürchten sie, dass der heutige Konflikt einen rassistischen, ideologischen und kulturellen Charakter annimmt. Weil die Täter Araber sind, spricht man von ihrer Bereitschaft zu solchem Terror, dessen Grundlage man im Islam, in der Erziehung und im arabischen Denken zu finden meint.

Die höchsten geistlichen Autoritäten des Islam erklärten die Tötung von Unschuldigen für unvereinbar mit dem Islam und Bin Laden für einen Ketzer. Seine religiöse Autorität bezeichneten sie als äußerst zweifelhaft. In den Konflikten sehen sie einen Nährboden für Extremismus, da religiöse Hitzköpfe dabei großen Zulauf erlangen könnten.

Für alle gelten unterschiedliche Definitionen für den Begriff „Terrorismus“: Die israelische Besatzung, die wirtschaftliche Ausbeutung, die Luftangriffe auf den Irak und die Sanktionen, die dort die Zivilbevölkerung treffen, Israels Vorgehen gegen die Palästinenser, all das ist für sie eine Form des „Terrorismus“. Für die breite Schicht der Bevölkerung im Nahen Osten liegt die Wurzel der gegenwärtigen Krise in den doppelten Maßstäben der Politik des Westens bzw. der USA: Die USA, Saudi-Arabien und Pakistan sind schuld an der Radikalisierung der religiösen Gruppen im Nahen Osten. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs unterstützen sie religiöse Fundamentalisten gegen den Kommunismus und gegen jeden fortschrittlichen säkularen Nationalismus. Um diese Krise zu überwinden, müssten die Armut, Ungleichheit und Unterdrückung, muss die Machtarroganz der USA überall überwunden werden. Konflikte und Ungerechtigkeiten spielen sich nicht mehr ‚irgendwo da hinten‘ ab; ihre Opfer klopfen an die Tür, hier in Europa und in Amerika.

## Anmerkungen

1. Scheich Saud ist Sohn des Emirs von Ras al-Chaima und ein politisch einflussreicher Mann. Er hat in den USA studiert.
2. Mehrfach hat Bin Ladens *Al-Qa'ida* gegen US-Einrichtungen zugeschlagen. In den Jahren 1995 und 1996 kostete das bei Riad und in Dhahran 24 Amerikaner das Leben. Dann die blutigen Attacken 1998 auf die US-Botschaften in Nairobi und Daressalam, im Oktober 2000 die Attacke gegen das Kriegsschiff *USS Cole* im Hafen von Aden (Follath 2002).
3. Im Iran wurden Tausende von Kommunisten liquidiert, in Indonesien kam fast eine Million Kommunisten ums Leben etc. (Ramonet 2001).
4. 1979 erklärte sich ein saudischer Staatsbürger zum Mahdi und verschanzte sich in Mekka mit seinen Anhängern in dem größten Heiligtum. Die saudische Regierung rief französische Spezialeinheiten zu Hilfe,

die die Moschee freikämpfen konnten. Dieses Ereignis zeigt, dass das saudische Regime islamische Heiligtümer nicht schützen konnte. Jerusalem als weiterer heiliger Ort ist unter israelischer Besatzung (Heine 2001: 146). Der Regimekritiker Saad al-Fakih erzählt, dass Osama Bin Laden schon Anfang der 1990er Jahre dem Verteidigungsminister Sultan zugesichert habe, die Mitglieder der saudischen Regierung nicht persönlich zu Angriffszielen zu machen (Fakih 2002: 138).

5. Seit ihrer Entstehung im 16. Jahrhundert habe die westliche Zivilisation ihre umfassende Vorherrschaft auf barbarische Weise zu Geltung gebracht. Die Vernichtung der amerikanischen Indios sei mit der systematischen Plünderung der einheimischen Reichtümer und dem bewaffneten Raub von Land und Boden einhergegangen. Der Sklavenhandel habe innerhalb seiner dreihundertjährigen Geschichte rund 15 Mill. Schwarzafrikaner nach Amerika in die Sklaverei verschleppt. Erst als der Rassismus in der methodischen Vernichtung der Juden Europas gipfelte, habe sich das Gewissen des Westens zu regen begonnen. Diese Besinnung sei durch die ungeheure Erinnerungsarbeit der zumeist jüdischen Überlebenden und Augenzeugen und durch die Forschungsarbeit von Historikern erzwungen worden. Großbritannien und Frankreich hätten mit Bomben und Napalm die Emanzipationsbestrebungen der kolonisierten Völker bekämpft. Einige Jahre später hätte sich der Westen mit der rassistischen Regierung Südafrikas solidarisiert hätten bis die eigenen Interessen es geboten hätten, dem internationalen Druck nachzugeben und den langjährigen Verbündeten fallen zu lassen. Nur Israel habe das Apartheidsregime bis zum Schluss unterstützt und sich in der Palästinenserpolitik an diesem Vorbild orientiert (Brie 2001).

6. Ägypten ist vom Tourismus abhängig und leidet deswegen unter dem anhaltenden arabisch-israelischen Konflikt. Auch wichtige Wirtschaftsprojekte laufen langsam, weil die Region nicht zur Ruhe kommt. In diesem Jahr einigten sich Kairo und Amman über eine Erdgasleitung durch den Golf von Akaba, die viel günstiger über israelisches Territorium verlaufen könnte, wenn es zu einem Friedensschluss käme (Grossbongardt 2002).

7. Saudi-Arabien gilt als dem Westen gegenüber aufgeschlossen. Seit Jahrzehnten pflegt das Königreich enge geschäftliche Kontakte in die Vereinigten Staaten. Das Land ist das Herzland des Islam, beherbergt mit Mekka und Medina die beiden wichtigsten Pilger-Orte. Die saudischen Könige legitimieren sich als Hüter der heiligen Stätten. Die Staatslehre ist der Wahhabismus, eine strenge Richtung des Islam (Hoffritz 2001; vgl. auch Philipp in diesem Band).

8. Die religiösen Autoritäten sind immer wieder bereit, die Entscheidungen des saudischen Königs abzusegnen. König Fahd hat sogar das Plazet der *ulemas* erhalten, als er 1990, nach der Besetzung Kuwaits durch den Irak, US-Truppen zur Hilfe gerufen hat. Die Zahl der religiösen Bildungseinrichtungen hat ständig zugenommen, und unter den vielen jungen Imamen haben sich konservative, wenn nicht gar extremistische Zirkel gebildet (Gresh 2002).

9. Hisbollah ist eine offiziell zugelassene Partei, stark im Parlament vertreten und ein wichtiger Teil des öffentlichen Lebens. Sie besitzt ein einmaliges Netzwerk wohltätiger Einrichtungen. Man würdigt vor allem ihre Rolle im Widerstand gegen die israelische Besatzung des Südlibanon. *Jaum al-Tahrir*, der ‚Tag der Befreiung‘ ist für alle Libanesen ein heiliges Datum (Silva 2002).

10. Das Verhältnis zu Amerika begann, nach Mohadscherani, Anfang der fünfziger Jahre mit dem von der CIA unterstützten Putsch gegen die Regierung Mossadegh. „Dann ist ein verbrecherisches Regime installiert worden“ – Shah Reza Pahlevi kehrte nach Teheran zurück. Zwischen 1980 bis 1988, fährt Mohadscherani fort, „Wer hat denn den Irak militärisch unterstützt?“ Es seien doch US-Flugzeuge gewesen, die iranische Erdöl-Verladestationen zerstörten. Schließlich hätten die Amerikaner 1988 über dem Persischen Golf eine iranische Passagiermaschine abgeschossen. „Alle diese Aktionen nennen wir terroristisch“ (Nass 2001b).

11. Mohadscherani, den Präsident Khatami 1997 in sein Kabinett holte, zählt zu den Reformern. Als Kultusminister lockerte er die Zensur von Presse und Film. Die Konservativen warfen ihm vor, einer westlichen Kulturinvasion die Tore zu öffnen und Beleidigungen des Islam und der hohen Geistlichkeit strafflos hinzunehmen. Khatami nahm Ende vorigen Jahres dessen Rücktrittsgesuch an (Nass 2001b).

12. Vor drei Jahren standen der Iran und das *Taliban*-Regime am Rande des Krieges. Die *Taliban* massa-

krierten Angehörige der schiitischen Minderheit; in der Stadt Mazar-i-Sharif brachten sie neun iranische Diplomaten um. Teheran ließ 200.000 Soldaten an der Grenze aufmarschieren (Nass 2001b).

13. Bush hatte als erster Präsidentschaftskandidat in der Wahlkampfgeschichte offensiv um die Stimmen der arabischen und muslimischen *Community* in den USA geworben – mit Erfolg. Nach dem 11. September war diese Allianz eher noch stärker geworden. Dann kamen die Solidaritätsbekundungen des Weißen Hauses für Ariel Sharon (Böhm 2002).

14. Im Vergleich zu Israel oder Ägypten erhält der Libanon wenig US-Hilfe, und sein Handel spielt sich hauptsächlich mit Europa ab. Die UNO hat derzeit noch 3.500 Mann in etwa 40 Stützpunkten im Libanon stationiert, die entlang einer Grenzlinie von 95 Kilometern verteilt sind (Silva 2002).

15. Leila Chalid entführte im August 1969 eine Boeing der US-Gesellschaft TWA nach Damaskus. Sie ist 1944 in Haifa geboren, war nach der Staatsgründung Israels mit ihrer Familie nach Libanon geflohen, wo sie sich der PFLP von Georges Habasch anschloss. Sie lebt heute in der jordanischen Hauptstadt Amman und arbeitet als Lehrerin.

16. Tariq Ali erzählt, dass das Verhältnis zwischen Muslimen und Juden relativ entspannt war. Im muslimischen Spanien wurden die Juden von den jeweiligen Herrschern geschützt. Nach dem Sieg der *Reconquista* in Spanien fanden die Juden Zuflucht und Asyl im Osmanischen Reich. Die *nakba* des Jahres 1948 sorgte für den ersten wirklichen Bruch zwischen Juden und Arabern (Ali 2001). Tariq Ali ist Pakistanischer Schriftsteller und lebt in London.

## Literatur

- A. G. (2002): Abkühlung in Riad. In: *Le Monde diplomatique*, 11. Januar.
- Alaoui, Hicham Ben Abdallah el- (2001): Gedanken eines muslimischen Weltbürgers. Der 11. September und die Asymmetrische Weltordnung (dt. Bodo Schulze). In: *Le Monde diplomatique*, 12. Oktober.
- Ali, Tariq (2001): Die Ströme der Bitterkeit (aus dem Engl. von Herwig Engelmann). In: *Le Monde diplomatique*, 12. Oktober.
- Bednarz, Dieter (2002): Entschlossen ins Verderben. In: *Der Spiegel* 15, 08. April: 138.
- Beydoun, Abbas (2001): Der Tod ist die Botschaft (aus dem Arabischen von Mustafa al-Slaiman). In: *Die Zeit* 20. September: 23-24. In: *Zeitdokument* (2001).
- Böhm, Andrea (2002): Shoppen und Beten. Nach dem 11. September ist in den USA durchaus nicht alles anders. In: *Le Monde diplomatique*, 17. Mai.
- Brie, Christian de (2001): Die Konferenz von Durban – eine Nachbetrachtung (dt. Bodo Schulze). In: *Le Monde diplomatique*, 12. Oktober.
- Chalid, Leila (2001): Interview mit Leila Chalid, Aktivistin der marxistischen Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP). In: *Der Spiegel* 40, 01. Oktober: 184.
- Charrasi, Kamal (2001): Interview mit dem iranischen Außenminister Kamal Charrasi. In: *Der Spiegel* 39, 24. September: 182.
- Clemons, Steven C. (2001): Trügerischer Triumphalismus (dt. Niels Kadritzke). In: *Le Monde diplomatique*, 12. Oktober.
- Fakih, Saad al- (2002): Interview mit dem Regimekritiker Saad al-Fakih. In: *Der Spiegel* 10, 04. März: 138.
- Follath, Erich (2002): Die Brutstätte des Terrors. In: *Der Spiegel* 10, 04. März: 138.
- Gorce, Paul-Marie de la (2001a): Verpasster Frieden. Palästina und das arabische Lager (dt. Edgar Peinelt). In: *Le Monde diplomatique*, 14. September.
- Gorce, Paul-Marie de la (2001b): Was Washington will. Der Terrorismus schafft neue geopolitische Strategien (dt. Bodo Schulze). In: *Le Monde diplomatique*, 16. November.
- Gresh, Alain (2002): Saudi-Arabien riskiert Öffentlichkeit. In: *Le Monde diplomatique*, 17. Mai.

- Grossbongardt, Annette (2002): Harte Worte hinter den Kulissen. In: *Der Spiegel* 13, 25. März: 158.
- Hariri, Rafik al- (2001): Interview mit dem libanesischen Premierminister Rafik al-Hariri, S. 168. In: *Der Spiegel* 43, 22. Oktober: 168.
- Harrison, Selig S. (2001): Das Dilemma der pakistanischen Generäle. Der 11. September und die Asymmetrische Weltordnung. In: *Le Monde diplomatique*, 12. Oktober.
- Heine, Peter (2002): Terror in Allahs Namen. Extremistische Kräfte im Islam. Freiburg 2001: Herder.
- Hoffritz, Jutta (2001): Zwischen Religion und Kommerz. In: *Die Zeit*, 20. September: 84-85. In: *Zeitdokument* (2001).
- Kristiansen, Wendy (2002): Religiöse Parteien in Kuwait. Wir wollen keinen weltfremden Islam. In: *Le Monde diplomatique*, 14. Juni: 18.
- Lahoud, Emile (2002): Interview mit dem libanesischen Präsidenten Emile Lahoud. In: *Der Spiegel* 19, 06. Mai: 158.
- Leymari, Philippe (2001): Afrika im Abseits? In: *Le Monde diplomatique*, 16. November.
- Mussa, Amr (2002): Interview mit Amr Mussa. Generalsekretär der Arabischen Liga. In: *Der Spiegel* 13, 25. März: 159.
- Nass, Matthias (2001a): Wenn aus Schurken Alliierte werden. In: *Die Zeit*, 4. Oktober: 17-19. In: *Zeitdokument* (2001).
- Nass, Matthias (2001b): Solidarität mit dem großen Satan. In: *Die Zeit*, 18. Oktober: 86-88. In: *Zeitdokument* (2001).
- Pott, Marcel (2001): Die arabischen Regime im Schraubstock. In: *Die Zeit*, 27. September: 82-83. In: *Zeitdokument* (2001).
- Ramonet, Ignacio (2001): Der Gegner. In: *Le Monde diplomatique*, 12. Oktober.
- Rouleau, Éric (2001a): Die Macht und der Glaube. Der politische Islam. In: *Le Monde diplomatique*, 16. November.
- Rouleau, Éric (2001b): Die begrenzte Loyalität der Golfstaaten zu den USA (dt. Edgar Peinelt). In: *Le Monde diplomatique*, 14. Dezember.
- Silva, Marina da (2002): Der Libanon nach dem 11. September. Befreiter Südlibanon. In: *Le Monde diplomatique*, 11. Januar.
- Shafiq, Munir (2002). In: *al-Hayyyat*, 16. Juni.
- Shrabil, Ghasan (2002). In: *al-Hayyyat*, 09. Juni.
- Smolczyk, Alexander (2001): Warum sollen nur wir sterben? In: *Der Spiegel* 44, 29. Oktober: 122.
- Tantawi, Sajjid (2001): Interview mit dem Großscheich der Azhar-Universität in Kairo, Mohammed Sajjid Tantawi. In: *Der Spiegel* 44, 29. Oktober: 144.
- Zeitdokument* (2001): Krieg gegen den Terror, Dialog mit dem Islam. o.O.